

Übergänge
Übergänge

Zum Kommunismus
zum Kommunismus

Wir brauchen eine selbstständige revolutionäre Arbeiterpartei

Das hat Tradition in Deutschland: Im Krisenfall war (vor den Faschisten) die SPD immer schon die Partei der ersten (Kapitalisten-)Wahl. Die Erhöhung der Profitrate durch die Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der arbeitenden Mehrheit im Inneren des Landes und die aggressive Expansion nach Außen ist das immer wieder gleiche üble Rezept. Gekocht von einem raffgierigen Bürgertum, vorgesetzt von einer „Volkspartei“, die auch ein „Herz für Arbeiter“ hat, und auszulöffeln von uns, den Arbeitern und Angestellten.

Die Spatzen pfeifen es von den Dächern – die Kapitalistenverbände, DIHT, BDI und BDA und die politische Opposition treiben die Rot-Grüne Regierung vor sich her. Diese versucht die Krise des Kapitals mit „Reformen“, sprich Kürzungen, auf den Rücken der lohnabhängigen arbeitenden Bevölkerung zu lösen. Während jeder Kürzungsschritt, wie z.B. Rentenkürzungen, Lebensarbeitszeitverlängerung, Erhöhung der Krankenkostenselbstbeteiligung, Kürzung des Arbeitslosengeldes usw., von den Arbeitgeberverbänden, Groß- und Kleinkapitalparteien mit noch dreisteren Kürzungsvorschlägen klatschend kommentiert wird, wendet sich das klassische Arbeiter- und Angestelltenklientel der SPD enttäuscht von dieser ab.

Seit der Niedersachsenwahl, über die Hessenwahl, bis hin zur, gerade vollzogenen, Landtagswahl in Bayern hat die SPD 15% - 40% dieser Wähler verloren. Diese sind ins Nichtwählerlager abgewandert (Tagesthemen vom 21.09.03). Alle im Parlament vertretenen Parteien

einschließlich der PDS (s. ihre Berlin-Politik), singen im Chor das Lied von: „Wir müssen den Bürgern unbequeme Wahrheiten sagen“ und „die Einschnitte werden schmerzhaft (sein müssen)“.

Der Befund bürgerlicher Umfragen ist eindeutig zweideutig. 70% der Befragten wollen eine Veränderung des Status quo. Aber ebenfalls 70% wollen keine Veränderung *ihres* Status quo (so M. Miegel vom Bürgerkonvent). Das aktuelle Reformwerk ist so konstruiert, dass recht gut situierte Teile des „einen Volkes“ (Klößner, Finanzinstitut der Klößner AG) entweder nicht zusätzlich belastet werden, oder sogar durch z.B. die Senkung des Spitzensteuersatzes entlastet werden. Damit bleibt die Mittelklasse als Puffer zwischen oben und unten erhalten, und vernebelt weiterhin die Klassenkonstituiertheit der Gesellschaft. Das Ringen der beiden Hauptklassen – der Arbeiter- und der Kapitalistenklasse - um den gesellschaftlichen Reichtum, liegt dem Ganzen zugrunde. Weder ist der Lebensstandard der einen Klasse zu erhalten, ohne am Anteil der anderen zu fignern, noch umgekehrt.

In diesem Sinne – sich für den Erhalt ihres Status quo auszusprechen und sich zugleich von der SPD abzuwenden – hat ein großer Teil der Arbeiter und Angestellten mehr begriffen, als ein Teil der Linken in diesem Land. Denn letzterer will zwar auch den Erhalt des „Lebensstandards der Masse der Bevölkerung“, aber appelliert zugleich an die Parteien, die gerade dabei sind diesen abzubauen: „Wir fordern umfassende Heranziehung der Unternehmensgewinne und

hohen Vermögen zur Finanzierung menschenwürdiger Lebensverhältnisse.“ (Aufruf zur Demonstration am 1.11.03)

Diese Linke suggeriert die Möglichkeit, dass sich die herrschenden Parteien zum Anwalt der arbeitenden Bevölkerung machen könnten. Eine Illusion, die sich immer größere Teile der Klasse nicht mehr leisten können. Die Vorstellung einer Politik, die über die Reform der Reform, über das kleinere Übel nicht zum größeren, sondern zu „menschenwürdigen Lebensverhältnissen“, also zur Revolution und damit zum Kommunismus kommen will, diese Vorstellung erlebt ihr Waterloo, ihren endgültigen Niedergang.

Ja, es ist wirklich Zeit, den Bürgern *und* den Arbeitern und Angestellten „reinen Wein einzuschenken“ und „unbequeme Wahrheiten“ auszusprechen. Ohne eine Arbeiterrevolution, ohne die umfassende Umwälzung aller Lebens- und Arbeitsverhältnisse, d. h. ohne despotische Eingriffe ins Allerheiligste der Bürger, ins Privateigentum, durch die arbeitende Klasse selbst,

durch „Einschnitte“ also, „die schmerzhaft“ sein werden, werden sich keine „menschenwürdigen Lebensverhältnisse“, ja, noch nicht einmal der momentane „Lebensstandard der Masse der Bevölkerung“ herstellen bzw. aufrecht erhalten lassen. Die Reform zugunsten der Lebens- und Arbeitsverhältnisse der Lohnabhängigen, war immer schon das Zugeständnis der herrschenden Kapitalistenklasse auf die Drohung der Revolution. Dem Bedürfnis großer Teile der Arbeiterklasse, ihren Status quo aufrecht zu erhalten, ist in Wirklichkeit nur revolutionär angemessen Ausdruck zu verleihen.

Dies kann nur eine revolutionär kommunistische Organisation leisten, in der die Linke aufgehoben ist, die ihren Spielraum, den die realen Verhältnisse ihr z.Z. bieten, zu Nutzen weiß. Verhältnisse, die Arbeiter und Angestellte allein aufgrund ihrer sozialen Stellung in der bestehenden Gesellschaft in Widerspruch setzen zu eben diesen Verhältnissen und deshalb einer sich ihnen bietenden radikalen Systemalternative entgegen drängen würden.

ES REICHT!!

ALLE GEMEINSAM GEGEN SOZIALKAHLSCHLAG!!

BUNDESWEITE DEMONSTRATION AM 1. NOVEMBER IN BERLIN!!

Diese Demonstration kann ein Anfang sein, den eigenen Bruch mit dem herrschenden Gesellschaftssystem zu manifestieren. In ihm ist der Widerspruch zwischen Arbeitern und Kapitalisten – auch wenn man es wollte – nicht zu versöhnen, geschweige den aufzuheben.

| |
|---|
| Näheres kann über uebergaenge@freenet.de angefordert werden. Informationen über Demonstration am 1.11. unter www.demo-gegen-sozialkahlschlag.de . |
|---|

Kahlschlagsnotizen

Geld sei genug da, sagt der Aufruf zu unserer Demo gegen Sozialkahlschlag, denn die Produktivität habe sich in den letzten zehn Jahren verdoppelt und der gesellschaftliche Reichtum sei enorm gewachsen. Tatsächlich kann es jedermann und jedefrau alltäglich mit ansehen, dass sich allenthalben eine „ungeheure Warensammlung“ (Marx) – als welche bekanntlich be-

sagter gesellschaftlicher Reichtum bei kapitalistischer Produktionsweise erscheint – angehäuft hat. Auch die Besitzer der als Kapital fungierenden Geldware wissen schon gar nicht mehr, wohin mit dem Überfluss, damit es weiter als Kapital funktioniere, d.h. sich selbst verwerte, was sein Beruf ist. Geld und alle Herrlichkeiten der Warenwelt sind im Überfluss vorhanden, ja. Aber

das ist doch gerade – mal wieder! – das Problem der Kapitalistenklasse rund um den Globus: Die Waren müssen unbedingt wieder zu Geld, das Geld dann wieder zu weiteren Waren, die zu noch mehr Geld werden usw., wofür es uns, dem Heer der Habenichtse, das als massenhafter Verkäufer von Arbeitsvermögen Voraussetzung der Kapitalproduktion ist, dummerweise an Kaufkraft fehlt. Zwar sollen wir möglichst viel der produzierten Warenmassen kaufen, damit der Ware-Geld-Kreislauf in Fluss bleibt, andererseits können uns die Kapitalisten das Geld nicht schenken (von ein paar Almosen abgesehen), sonst hätten sie ihren Beruf als Kapitalisten verfehlt und würden am Ende selbst zu Habenichtsen, d.h. zu solchen Massenmenschen, die keine andere Ware haben als nur ihr Arbeitsvermögen, um an der freien Marktwirtschaft teilzunehmen. (Von wem also „fordern wir“ laut Aufruf „umfassende Heranziehung der Unternehmensgewinne und hohen Vermögen“, wenn „wir“ nicht mal mehr daran zu denken wagen, dies selber zu tun?).

Geld und Waren sind im Überfluss vorhanden und auf der Ware Arbeitskraft bleiben z.Z. allein in Deutschland mehr als 5 Millionen Arbeiterinnen und Arbeiter sitzen. Das sind die immer wiederkehrenden Merkmale, der unvermeidlich früher oder später immer wiederkehrenden, privatwirtschaftlich begründeten Überproduktionskrise, wo nicht Mangel an Geld und Waren die Not hervorruft, sondern ihr Überfluss. Jedoch kann uns die Kapitalseite nichts schenken, denn – das ist ja die Freiheit der freien Marktwirtschaft - jedem einzelnen Kapitalisten sitzt die Konkurrenz der Mitkapitalisten im Nacken. Das große Kapital frisst das kleine, große kapitalistische Nationen ringen miteinander um Ressourcen, Marktanteile, billige Arbeitskraft und politischen Einfluss rund um den Globus auf Leben und Tod (letzteres nennt der Aufruf „Standortwettbewerb“, was nach zahllosen mörderischen regionalen Kriegen und zwei Weltkriegen doch allzu harmlos klingt). Dem liegt als Grundkonflikt seit Kapital uns vorantreibt der Kampf um die Länge des Arbeitstages zugrunde. Der Abwehrkampf der Klasse, die sich das Recht nimmt, den Verschleiß ihrer Arbeitskraft durch deren Anwender möglichst gering zu halten, und die Offensive jener Anwenderklasse (Unternehmer, Arbeitgeber, Bourgeoisie) die mit dem Kauf der Ware Arbeitskraft auch das Recht erworben hat, diese so profitabel wie irgend möglich zwecks Mehrwertproduktion zu nutzen - wozu sie nicht durch Gier oder sonstige Charaktermängel getrieben wird, sondern durch besagte Konkurrenz und turnusmäßig

drohenden, in Konkurse treibenden allgemeinen Fall ihrer Profitrate. Kurz: Hier steht Recht gegen Recht.

Durch dieses Dilemma steuert eher schlecht als recht Sozialpolitik seit eh und je, von Bismarck bis (vorläufig) Schröder/Fischer. Doch ging es bei Bismarck kaum um die Kaufkraft der heimischen Massen, weil seinerzeit die Eroberung des Weltmarktes mit dessen Kaufkraft für Kredite der Deutschen Bank, für Bagdadbahn und allerlei industrielle Fertigprodukte gerade richtig in Schwung kam, während der innere Markt durch Schutzzölle gegen Eisen- und Getreideimporte stabilisiert wurde. Bismarcks Sozialgesetzgebung hatte der gesundheitlichen Zerrüttung der proletarisierten Massen entgegenzuwirken, um diese zu ökonomisch brauchbarer Ausbeutung und als Kanonenfutter für den imperialen Konkurrenzkampf tauglich zu machen. Dem maßlosen Verschleiß von ungeschützter Arbeitskraft im rasanten Übergang von vorwiegend handwerklicher zu industrieller Produktion waren die von Gesellen und Hilfsarbeitern selbst geschaffenen und selbstverwalteten Versicherungskassen und Gewerke allein schon länger nicht mehr gewachsen. So finden sich staatliche Regelungen mit Hinzuziehung der Unternehmer zur Beitragszahlung in den entsprechenden Kassen in preußischen Verordnungen schon bald nach der Revolution von 1848. Die Aktivitäten bei der Einrichtung von Hilfskassen durch die Gemeinden und Pflichtversicherung – Keimzellen der heutigen gesetzlichen Krankenkassen – gingen damals eher von den Arbeitern aus als von den Fabrikherren. Letztere versuchten zunächst, die Einführung der Versicherungspflicht zu verhindern. Sie sahen in ihrer Beitragsbeteiligung (heute „Lohnnebenkosten“) völlig richtig eine Erhöhung ihrer Lohnkosten (so wie heute deren Streichung faktische Lohnsenkung bedeutet) und fürchteten daher Konkurrenz Nachteile gegenüber den von staatlicher Regelung freien Produzenten der jeweils gleichen Branchen in den benachbarten deutschen Kleinstaaten. (Europa lässt grüßen?!). Mit der Reichsgründung 1871 hatte sich dieses Problem dann aber von selbst erledigt, dagegen brachte die staatlich geregelte Beteiligung der Unternehmer an den Versicherungskosten ihnen tonangebende Mitsprache und direkte Kontrolle in den Kassen - gestützt auf die ersten Ansätze einer gerade erst im Entstehen begriffenen Arbeiterbürokratie.

Um hier die Hauptfunktion der Bismarckschen Sozialgesetzgebung aus den Jahren 1883 (Krankenversicherung), 1884 (Unfallversicherungsgesetz) und 1889 (Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz) gebührend zu würdigen, sei daran erinnert, dass seit 1878 das

„Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ in Kraft war, das alle Organisationen verbot, die „durch sozialdemokratische, sozialistische und kommunistische Bestrebungen den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung bezwecken“ (kurz: Sozialistengesetz). Dazu gab es, kurz vor Verabschiedung des Krankenkassengesetzes folgende kaiserliche Botschaft:

„Wir haben uns die Pflicht gegenwärtig gehalten seit dem Erlasse des Sozialistengesetzes und schon damals unsere Überzeugung kund gegeben, dass die Gesetzgebung sich nicht auf polizeiliche und strafrechtliche Maßregeln zur Unterdrückung und Abwehr staatsgefährlicher Umtriebe beschränken darf, sondern suchen muss, zur Heilung oder doch zur Minderung des durch Strafgesetze bekämpften Übels Reformen einzuführen, welche dem Wohle der Arbeiter förderlich und die Lage derselben zu bessern und zu sichern geeignet sind.“

Da haben wir aus berufenem Munde den eigentlichen Zweck jeglicher Sozialreformen!

(- und fragen uns doch, warum Schröder/Fischer und Co genau entgegengesetzt wie seinerzeit Bismarck es sich heutzutage leisten und leisten können, alle unter revolutionären Druck von Seiten der arbeitenden Massen dem Kapital abgerungenen Reformen durch dreisten Kahlschlag null und nichtig zu machen.)

Obwohl im fernen 19. Jahrhundert die 12 Jahre anhaltende polizeiliche Verfolgung aufgrund des Sozialistengesetzes die Organisationen der damals noch revolutionären Sozialdemokratie weitgehend zunichte machte, ging sie aus der Illegalität als politisch gestärkte Massenpartei der Arbeiterklasse hervor, in deren Führung von nun an aber der Kurs auf reformistische Mitgestaltung der bürgerlichen Daseinsweise zunahm, bis hin zur Vaterlandsverteidigung im ersten Weltkrieg und aktiven blutigen Erledigung der deutschen Revolution 1918/19. Für die totale Zerschlagung jeglicher selbständiger Arbeiterorganisation sorgte dann, weit gründlicher als Bismarcks Sozialistengesetz der deutsche Nationalsozialismus. Davon hat sich die deutsche und die europäische Arbeiterbewegung bis auf den heutigen Tag nicht erholt. Sie ist handzahn geworden. Aber dennoch bleibt die Unternehmerseite – ziemlich nervös – vor jeder Art mehr oder weniger kämpferischer Organisation der Klasse

auf der Hut. Sie zerstört gereizt deren verbliebene Restbestände, sei es außenpolitisch den rudimentären Fortbestand des Arbeiterstaates Jugoslawien oder innenpolitisch selbst relativ zaghafte Ansätze gewerkschaftlichen Kampfes mit reformistisch begrenztem Ziel, wie den auf Ostdeutschland beschränkten IGM-Streik diesen Jahres. Sie scheint, wie es heute aussieht, besser zu wissen, was in diesem Klassegegner steckt als dieser selbst. Hat sie vielleicht das bessere Gedächtnis, während wir vergessen haben, wer sich hier vor wem fürchtet?

Was ist anlässlich des aktuellen Sozialkahlchlags zu tun? Mehr Eigenverantwortung übernehmen? Aber gerne doch! Eines der ältesten Anliegen der Arbeiterbewegung ist die Selbstverwaltung der Versicherten in ihren Kassen, wie übrigens auch vernünftigerweise die Überwindung der Zersplitterung des Versicherungswesens in zahllose Kassen und Institutionen. Deswegen strömten z.Z. des Bismarckschen Sozialgesetzes massenhaft Arbeiter und Arbeiterinnen in diejenigen Hilfskassen, die sich noch selbstverwalteten ohne jede Beteiligung der Unternehmer. Viele Gewerkschafts- und Parteiaktivisten waren dort bereits eingesickert, um organisiert weiterzuarbeiten, als ihre Kampforganisationen unter der Peitsche der polizeilichen Verfolgung niedergemacht worden waren. Die Selbstverwaltung der Versicherten findet sich in der Programmatik von Arbeiterparteien und Gewerkschaften (dort zuletzt im Grundsatzprogramm des DGB 1963), solange es organisierte Arbeiterschaft gibt. Warum sollten wir hier nicht endlich konsequent die von uns ohnehin, nämlich finanziell geforderte Eigenverantwortlichkeit übernehmen, mit Wahl der Verwaltungs- und sonst notwendigen Fachleute wie deren jederzeit mögliche Abwahl durch die Versicherten selbst. Letztere ist unbedingt notwendig, um jene bürokratische Verknöcherung von Arbeiterfunktionären gar nicht erst aufkommen zu lassen, die – noch – unsere Gewerkschaften lähmt und die junge Sowjetunion zugrunde richtete.

(15.10.2003)

★

Näheres kann über uebergaenge@freenet.de angefordert werden. Informationen über Demonstration am 1.11. unter www.demo-gegen-sozialkahlschlag.de.